



An die Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Krefeld
SPD-Fraktion Benedikt Winzen
CDU-Fraktion Philibert Reuters
Fraktion Bündnis'90/Die Grünen Heidi Matthias
FDP-Fraktion Joachim C. Heitmann
Fraktion DIE LINKE. Basri Caki
Kopie Oberbürgermeister Frank Meyer

in Kopie an die örtliche Presse

offener Brief zur Ratssitzung am 17.9.2019, TOP28:

Änderung und Ergänzung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf den Verkehrsflächen und Anlagen in der Stadt Krefeld (OBV)

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Tagesordnung für die kommende Ratssitzung konnten wir entnehmen, dass die Änderung der oben genannten Verordnung beschlossen werden soll. Dabei fiel uns §9 (2) auf, der besagt:

Wer in Straßen oder Anlagen Schriften, Flugblätter, Plakate oder sonstiges Informationsmaterial verteilen oder anbringen will, bedarf einer Erlaubnis.

Diese Formulierung würde für zivilgesellschaftliche Akteure wie unsere Bündnisse eine erhebliche Einschränkung der Kommunikationsmöglichkeiten bedeuten. Flugblätter sind ein wichtiges Instrument, um unsere Meinung der Öffentlichkeit bekannt zu machen, auch spontan und kurzfristig. Diese Möglichkeit, garantiert durch Artikel 5 des Grundgesetzes, wäre mit einer Erlaubnispflicht für unsere Flugblätter deutlich eingeschränkt.

Wir gehen nicht davon aus, dass Sie die freie Meinungsäußerung zivilgesellschaftlicher Akteure verwaltungstechnisch einschränken, sondern die Sauberkeit in der Stadt verbessern wollen. Deshalb schlagen wir vor, die Verordnung vor dem Beschluss um einen entsprechenden Passus zu ergänzen, wie das auch in anderen Städten gemacht wird. Als Beispiel sei hier die Formulierung genannt, die in Berlin verwendet wird:

Für die Verteilung von Werbematerial, das überwiegend politischen, sozialen, religiösen oder weltanschaulichen Zwecken dient, ist keine Erlaubnis erforderlich. Die Verpflichtung zur Beseitigung einer Verschmutzung besteht aber auch in diesen Fällen.

Wir hoffen sehr, dass Sie die Verordnung nur mit einer entsprechenden Ergänzung beschließen werden, damit Krefeld in diesem Punkt nicht hinter den demokratischen Standard anderer Städte zurückfällt. Im Voraus danke für Ihr Verständnis und Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen

Ingeborg Krämer
Bündnis Krefeld für
Toleranz und Demokratie

Ingrid Vogel
Krefeld Friedensbündnis

Ulrich Knur
Sozialbündnis Krefeld